

TOP

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Redekonzept Kerstin Kaiser, *DIE LINKE*

- es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

...

lassen Sie mich den Gedanken des Ministerpräsidenten aufnehmen: Ja, diese Koalition handelt aus der gesamten Brandenburger Gesellschaft heraus. Selbstverständlich sehen wir uns in Verantwortung für das ganze Land. Wir sind dabei offen für gute Ideen, wenn sie helfen, die Demokratie zu entwickeln und die soziale Gerechtigkeit fördern. Wir fragen nicht, woher – aus welcher Fraktion z.B. - sie kommen, sondern was sie bewirken. Und wir suchen die Kooperation mit allen inner- und außerparlamentarischen Kräften, die dazu bereit sind. Wir wünschen uns politischen Wettstreit und politischen Wettbewerb für Brandenburgerinnen und Brandenburger. Das gilt hier im Parlament. Und erst recht gilt das im ganzen Land.

Diese Koalition hat sich in schwierigen Zeiten und für noch schwerere Zeiten zusammen gefunden. Wir bejammern das nicht, sondern sehen das auch als Herausforderung. Sie hat sich zusammen gefunden, damit unser Land erfolgreich auf dem bisher Erreichten aufbauen, die gegenwärtige Wirtschaftskrise meistern und seinen Weg in eine gute Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger fortsetzen kann.

„Gemeinsinn und Verantwortung“ - wenn wir in dieser Situation davon sprechen, dann meinen wir eben genau keine Klientelpolitik oder Parteiinteressen. Unsere Stärke resultiert nicht aus der einfachen Addition von Interessengruppen und verschiedenen Einzelinteressen. Es darf nicht darum gehen, einzelne Interessengruppen „bei der Stange zu halten“ oder gar Leute ruhig zu stellen.

Unsere Stärke soll in verantwortlicher Politik liegen, das heißt: Abwägungen und Entscheidungen zu treffen. Nicht alles, was richtig und gut für einzelne, für Gruppen oder Regionen wäre, wird dann unter den zu erwartenden Bedingungen akzeptabel für das ganze Land sein.

In einer Hinsicht, in der Art, wie wir Politik machen, nehme ich die Schlussfolgerungen aus dem Herbst 1989 ernst: nämlich nicht selbtherrlich über die Köpfe der Betroffenen hinweg, nicht einseitig und nicht voreingenommen entscheiden. Das hieß vor zwanzig Jahren: Erst kommt das Land, dann eine Partei. Wir werden uns mit unseren Abwägungen der Öffentlichkeit stellen – und die Öffentlichkeit mit ihren Abwägungen beteiligen.

Gemeinsinn und Verantwortung – das wird alltäglicher Maßstab dieser Koalition sein. Gemeinsinn *und* Verantwortung – das ist aber auch mehr als nur eine Leitidee für Regierungs- und Verwaltungshandeln. Wir verstehen unter Gemeinsinn ausdrücklich nicht die Ansage von Eliten, wonach die Einen den Gürtel enger schnallen müssen und die Anderen davon profitieren. Verantwortliche Politik muss besonders in dieser Krisensituation auf das Wohl Aller zielen, das heißt für uns: die Schwachen zu stärken. Verantwortung ist

ein gesellschaftlicher Wert, nicht das Monopol von Eliten. So verstehen wir Gemeinsinn: als Wert im politischen Handeln, der auf das Gemeinwohl zielt.

Meine Damen und Herren,

wie weit und wie gut diese Politik trägt, hängt auch davon ab, wie wir hier im Landtag miteinander und mit den Problemen unseres Landes umgehen. Wir – das sind Sie – die Opposition – und wir – die Regierungsfractionen. Opposition ist nicht Blockade um ihrer selbst willen. Und Regieren heißt nicht prinzipielle Abwehr aller oppositioneller Vorschläge, wie Sie es uns jahrelang vorgemacht haben.

Die Menschen im Land wollen nicht starke Worte, sondern starke Argumente und kluge Gedanken und Vorschläge. Die Menschen wollen schließlich von Ihnen und von uns wissen, was geht, was nicht geht.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie schnell aus Ihrer Rolle der Enttäuschten, der „verschmähten Braut“, herausfinden, Frau Wanka. Auf Bundesebene regieren nun Sie mit der FDP. Es ist leider abzusehen, dass diese Regierung keine sozialen Wohltaten verbreitet und auch für unser Land die Rahmenbedingungen weiter verschlechtert. **Das** ist das Problem, nicht der Wechsel an sich.

Hieße nicht: Verantwortliches oppositionelles Handeln, Frau Wanka und Herr Goetz, für Brandenburg mit uns zusammen die Zumutungen Ihrer Farbenbrüder – und Schwestern in Berlin abzuwehren?

Aber Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, erzählen hasenherzig Ihre Geschichte davon, was alles **nicht** geht:

Vor allem geht es nicht, *dass* Sozialdemokraten und LINKE zusammen regieren. Und schon gar nicht geht – Ihrer Meinung nach - *was* sie gemeinsam erreichen wollen. Sie schließen also „messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Lassen Sie mich auf Ihre beiden „Geht gar nicht!“ kurz eingehen.

Meine Damen und Herren,

große Aufregung gibt es, weil die LINKE auf den Monat genau 20 Jahre nach dem Fall der Mauer in die brandenburgische Landesregierung eintritt. Das kann ich gut verstehen. Denn gerade solche Jubiläen rufen auch schmerzhaft Erfahrungen auf. Sie erinnern uns auch, – und da meine Ich schon Sie und uns (Mitglieder der Fraktion Die Linke) - an jene Erkenntnisse, die zum Bruch mit der DDR geführt haben.

Doch, meine Damen und Herren, dass uns die Situation von vor 20 Jahren jetzt wieder so nahe ist, bedeutet doch nicht, dass die letzten 20 Jahre nicht stattgefunden haben, dass die friedliche Revolution erst gestern ausgebrochen ist. Die Warnung von Christa Wolf vor den politischen Wendehälsen ist doch nicht gestern, sondern vor zwanzig Jahren im November ausgesprochen worden...

Meine Damen und Herren – es weiß doch jeder (auch Herr Dombrowski, wie wir einem Interview vor seinem Auftritt auf der letzten Landtagssitzung entnommen haben), dass die LINKE nicht deshalb in die Landesregierung eintritt, um die SPD in eine Zwangsvereinigung zu drängen und ein neues Blockflötenorchester zu dirigieren. Die LINKE will weder VEB-Strukturen für die Industrie des Landes noch Alu-Chips für die BrandenburgerInnen. Das weiß doch jeder.

Meine Damen und Herren, ein paar grundlegende Erkenntnisse teilen wir doch. Das heißt: Sie wissen, dass wir wissen, und wir wissen, dass Sie wissen:
Erstens. Die DDR ist an ihren diktatorischen Strukturen, an fehlenden demokratischen und Bürgerrechten gescheitert. Sie scheiterte an der Unterdrückung von Wahrheit, an ihrer wirtschaftlichen Ineffizienz und auch an ihrer Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen.

Zweitens.

Wir alle sitzen hier in diesem Landtag, weil wir solche Verhältnisse nicht wieder wollen, weil wir auf dem Weg von Demokratie und Meinungsfreiheit, von sozialer und ökologischer Marktwirtschaft die Gegenwart gestalten und die Zukunft erreichen wollen.

Und drittens: In diesem Sinne haben wir einen klaren Schlusstrich gezogen.

Und **NUR** in diesem Sinne sind wir die große Schlusstrich-Koalition! Sie und wir. Diesen kritischen, ungeschönten Blick auf die Vergangenheit sowie Respekt und Unterstützung für die Opfer müssen wir uns erhalten.

Dieser Blick aber, meine Damen und Herren, darf nicht verstellt werden, - etwa durch leichtfertige Gleichsetzung des rot-rot regierten Brandenburg mit Honeckers DDR oder – ich weiß ja überhaupt nicht, was schlimmer ist – durch den unfassbaren Vergleich des Ministerpräsidenten mit Paul Hindenburg.

Vor allem aber verharmlost dieser Umgang, das, was an der Vergangenheit des letzten Jahrhunderts *besonders* kritisch zu beleuchten ist.

Anrede,

nun komme ich zu Ihrem zweiten „Geht gar nicht!“

Sie wollen nicht, *dass* SPD und LINKE gemeinsam regieren.

Vor allem aber wollen Sie *das* nicht, *was* wir gemeinsam vorhaben. Sie halten es für falsch, für unrealistisch, für nicht bezahlbar. Und ich glaube, es widerspricht Ihrer Vorstellung von einer modernen Gesellschaft.

Für Sie soll immer nur gehen, *was Sie* gemeinsam tun bzw. tun würden.

Im Bund aber erleben wir gerade, was geschieht, wenn Sie regieren. Und welche Folgen das für unser Land hat.

Also, beginnen wir bei den Finanzen. Die treiben sie ja so sehr um, Frau Wanka, Herr Goetz:

550 Millionen Euro fehlen Brandenburg für den Haushalt 2010. Und zwar in der Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Bewältigung der *Folgen* dieser Krise hat Ihre Chefin Frau Merkel zum Thema Nr. 1 ihrer Regierung erhoben. Schlimm genug, dass die Beseitigung der Ursachen kaum noch eine Rolle spielt. Noch schlimmer, dass die Banken schon wieder weiter machen wie bisher und den nächsten Crash schon kräftig vorbereiten.

Wie aber sollen wir nun im Land Brandenburg mit den Folgen, mit den Kosten dieser noch anhaltenden Krise zurechtkommen? Etwa durch den Steuersenkungswahn Ihrer Partei, Herr Goetz? Alleine das kostet Brandenburg noch einmal bis 100 Mio Euro.

Und wem bringt das was?

Denen, die viel Steuern zahlen, am meisten.

Denen, die kaum oder wie Niedriglöhner gar keine Steuern zahlen, bringt es nicht nur

keinen Gewinn – sondern darüber hinaus spürbaren Verlust an sozialen Leistungen, an öffentlicher Daseinsvorsorge.

Und das, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ist das genaue Gegenteil von Gemeinsinn und Verantwortung, wie sie diese neue Landesregierung versteht.

Dass die selbst ernannte bürgerliche Opposition in diesem Haus die neue Landesregierung für den Widerstand gegen diese Politik kritisiert, meine Damen und Herren, ehrt uns geradezu. Dass diese fatalen sozialen Wirkungen der Bundespolitik beabsichtigt, zumindest aber willentlich in Kauf genommen und durchgesetzt werden zeigt andererseits in aller Deutlichkeit, wie weit sich Schwarz-Gelb von den Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger verabschiedet hat.

Herr Präsident,

meine Damen und Herren –

es liegt doch nun wirklich auf der Hand:

Deutschland und damit auch Brandenburg stehen vor einer Zäsur.

Neue Herausforderungen sind auf die Tagesordnung gerückt, wo alte noch längst nicht bewältigt sind.

In Brandenburg wollen wir einen anderen Weg gehen. „Erneuerung aus eigener Kraft“ bleibt weiter aktuell, aber vor dem Hintergrund einer völlig anderen Situation.

Die derzeitige Krise kam zustande, weil grundlegende Werte der demokratischen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung missachtet wurden. Unsere Koalition ist unter diesem Vorzeichen zustande gekommen. Wir, DIE LINKE und die SPD schlussfolgern daraus, dass der moderne Sozialstaat - inzwischen arg ramponiert - jetzt endlich verteidigt werden muss, bevor er weg ist. Und den Sozialstaat verteidigen heißt auch, ihn zu erneuern. Daran arbeiten wir.

Eine Reihe weiterer Herausforderungen ist nicht zu übersehen.

- Über zehnjährigen so genannte Reformen haben Wirtschaft, Arbeitswelt, Finanzsystem und Sozialstaat tiefgreifend verändert hat. Armut ist heute in unserem Land ein Problem, das nicht ignoriert werden darf und nicht mehr übersehen werden kann.
- Wir stehen außerdem vor den Ergebnissen der Transformation Ostdeutschlands nach westdeutschem Vorbild und unter des neoliberalen Umbaus seit den 90er Jahren. Es ist unübersehbar, dass damit verbundenen Hoffnungen nicht aufgegangen sind, dass in diesem Prozess Menschen auch Arbeit und Lebensperspektive verloren haben.
- Die Regionen Brandenburgs entwickeln sich auseinander. Bevölkerungsrückgang hier, und Bevölkerungszunahme dort. Die Anforderungen an die öffentliche Daseinsvorsorge (Ärzte, Busse, Schulen.) sind nach wie vor hoch. Zugleich muss sie neu organisiert und materiell gesichert werden.
- In unserer Wissensgesellschaft darf gute Bildung nicht von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen. Gute Bildung als die zentrale Zukunftsinvestition erfordert Investitionen sowohl in Bildungs- als auch in die sozialen Strukturen.

Meine Damen und Herren,
das ist die Situation.

Genau deshalb muss der schon genannte Leitgedanke „Erneuerung aus eigener Kraft“ mit neuem Inhalt gefüllt werden. Und da sind wir bei den **Vorhaben** der Koalition für die nächsten fünf Jahre.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt und seine politischen wie ökonomischen Grundlagen stärken. Wir setzen uns künftig für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. Und in Brandenburg gehen wir z. B. mit einem Vergabegesetz einen konkreten Schritt voran.

Unsere SPD-Links-Koalition **bricht mit der Dumpinglohn-Philosophie** und ihrer Praxis. Brandenburg soll kein Billiglohnland bleiben. „Eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft, Arbeitsplätze und auskömmliche Löhne sind Grundvoraussetzungen für Wohlstand und sozialen Frieden.“ (580 €..)

Wir werden in Brandenburg einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** (ÖBS) einführen um – insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose – berufliche Perspektiven sowie ein existenzsicherndes Einkommen zu schaffen.

Warum, frage ich mich, arbeiten Sie sich an diesem ÖBS so ab?

Die nochmalige Verlängerung der Kurzarbeiterregelung durch die neue Bundesregierung ist richtig – und doch nur eine kleiner Teil der Lösung.

Wie Sie in der CDU sich damit abfinden können und wollen, dass es scheinbar überflüssige Menschen gibt – das wird sich mir nie erschließen. Wir sagen: Kein Mensch ist überflüssig. Nur ein erster Schritt kann zum zweiten führen!

Die Aufgabe ist eben weit umfassender, als kurzfristige Schutzschirme für Menschen, die auch wir fordern.

Es geht eben nicht allein darum, Menschen im Arbeitsleben zu halten – es geht genauso darum, anderen wieder oder überhaupt erst einmal Zugang zu ausreichend bezahlter Arbeit zu ermöglichen. Das verkennen Sie nicht nur – nein, sie verweigern sich diesem Problem! Im Bund bauen sie die Möglichkeiten für aktive Arbeitsmarktpolitik gerade ab – und hier im Land hadern sie zusätzlich noch mit jedem Cent, der für solche Belange ausgegeben werden soll!

SPD und LINKE haben übrigens zu keiner Zeit einen Hehl daraus gemacht, dass für den Einstieg in öffentlich finanzierte Beschäftigung ein Mix aus Mitteln des Bundes, des Landes, der Kommunen und der Träger erforderlich ist.

Es bedarf schon einiger Verdrehungskünste, verehrte Kollegin Wanka, wenn Sie daraus den Vorwurf machen, die Brandenburger Landesregierung wolle öffentlich finanzierte Beschäftigung auf Kosten der schwarz-gelben Bundesregierung einrichten!

Wir verlangen von der Bundesregierung nicht mehr und nicht weniger als die Mittel aus dem Bundeshaushalt bzw. dem Haushalt der Bundesagentur, die jetzt für passive Leistungen ausgegeben werden. Für die Schaffung von Stellen zu nutzen. Also: Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für den Bund sind das keine zusätzlichen Ausgaben, sondern nichts anderes als ein Nullsummenspiel. Anders stellt sich die Situation für das Land dar: Wir brauchen in der Tat zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt, weil auf Landesebene Einsparungen bei den Passivleistungen gar nicht anfallen. Zu diesen zusätzlichen Mitteln bekennt sich die Koalition im Interesse von Langzeitarbeitslosen.

Verstehen kann ich ja, dass die Opposition unsere Regierung gern scheitern sehen möchte. Wesentlich davon zu unterscheiden ist aber die Sehnsucht nach einer Streichorgie der Bundesregierung, mit der all das unmöglich wird, was Brandenburg irgendwie voranbringen oder nützen könnte. Damit ist doch wohl das Verhältnis zwischen Landesinteressen, den Interessen von Menschen (Arbeitslosen) und parteipolitischem Interesse in arger Schiefelage! Auch die Landesregierung, an der die CDU beteiligt war, hat ja davon profitiert, dass der Bund Arbeitsmarktinstrumente wie den Kommunal-Kombi zur Verfügung gestellt hat.

Selbstverständlich wird eines nicht gehen:

Wir werden und können als Land nicht Lückenbüßer für die Bundesregierung spielen. Wir können nicht als Ersatzfinanzierer einspringen, wo sich die Bundesregierung rauszieht. Das können wir finanziell nicht und das wollen wir auch politisch nicht. Wir werden nicht die Aufgaben der Bundesregierung in der Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik übernehmen, damit diese Bundesregierung Mittel einspart, die sie als Steuergeschenke an die Vermögenden verteilen kann. Das wäre ungerecht und falsch.

Meine Damen und Herren,

ganz klar ist also: die neue Koalition setzt deutlichere Akzente bei der Milderung und **Überwindung von Armut**.

Kinderarmut ist eines der dringendsten Probleme in unserer Gesellschaft. Allein ihre Existenz ist die schärfste Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten 20 Jahre. Wir wollen ihr entgegenwirken. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Regelleistungen für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und dem XII eigenständig ermittelt werden. Darüber hinaus geht es uns um eine sachgerechte und armutsfeste Grundsicherung für Kinder.

Rot-rot setzt sich auch zum Ziel, Belastungen für sozial schlechter Gestellte im Land – insbesondere für Hartz-IV-Betroffene und Aufstocker – zu verringern und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern:

„Das 2008 eingeführte Mobilitätsticket wird über 2010 hinaus fortgeführt. Bei der Weiterentwicklung werden die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt. Die Koalition strebt an, eine Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Berlin, insbesondere für Arbeitspendler zu erreichen.“ Dazu kommt: „Angestrebt werden soll, dass Kinder aus SGB II- und SGB XII-Haushalten von Beiträgen zur Schülerbeförderung freigestellt werden.“

Wir sind uns einig:

Das beste Mittel gegen Armut und zur sozialen Integration der Gesellschaft ist gute Arbeit. Auch die Gewerkschaften fordern das. Die Modernisierung der brandenburgischen Wirtschaft, die auf stabile Unternehmen setzt, muss also technologischen Fortschritt mit sozialen und ökologischen Qualitäten verbinden.

Wenn wir auf gute Arbeit setzen, dann gilt das natürlich auch und erst recht für die Landesbediensteten. Das ist der Zugang, den die Koalition zur **Personalbedarfsplanung** gesucht und gefunden hat.

Bürgerinnen und Bürger brauchen einen handlungsfähigen Staat. Dazu gehören kompetente und motivierte LehrerInnen, PolizistInnen, Verwaltungsangestellte. Die Koalition wird die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes und eine bürgernahe und

effektive Aufgabenerledigung durch ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik gewährleisten.

Wir wollen politisch steuern, damit durch den Rückgang der aktiven Beschäftigten (durch Altersabgänge und sonstige Fluktuation bis 2014 auf etwa 43.700 und bis 2019 auf etwa 36.000) Spielräume entstehen und genutzt werden können. Ziel: Die Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dafür nutzen wir den Dialog mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften im Rahmen des Tarifvertrags Umbau.

Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus.

Die Landesregierung wird so viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, dass der Personalbestand im Jahr 2014 bei 45.500 liegt. Für 2019 geht die Koalition von einer Zielzahl von 40.000 aus. Das sind keine Planziffern, sondern damit werden Entwicklungen deutlich.

Wenn die allgemein von allen hier vertretene Forderung nach besserer Bildung ernst gemeint ist, muss die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern im Kita's Vorrang haben. Mit Überlastung, Krankenstand und Ausfall wollen und dürfen wir uns nicht weiter abfinden.

Meine Damen und Herren,

gute Bildung für alle von Anfang an – das ist eine soziale Frage. Vielleicht, mit Blick auf die Zukunft, sogar *die* entscheidende soziale Frage.

Wir schlagen deswegen den Weg zu verstärkter individueller Förderung und zu längerem gemeinsamen Lernen ein; wir trennen uns von der ungerechten Idee der frühen Aussonderung von Kindern.

Das System der flexiblen Schuleingangsphase (FLEX) soll an jeder Schule eingeführt werden, die dies will. ... Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf wird ausgebaut. ... Wir wollen ein durchlässiges Schulsystem.

Wir wollen, dass jedes Kind, das dazu befähigt ist, das Abitur ablegen kann, - das Kind der Friseurin genauso wie das des Beamten. Junge Erwachsene ohne Ausbildung sollen den Anspruch auf eine 2. Chance erhalten und Schulabschluss oder Berufsausbildung nachholen können.

Aber wir werden sehr genau darauf achten, dass es soziale Chancengleichheit für alle gibt, dass niemand seiner sozialen oder auch regionalen Herkunft wegen von bestmöglicher Bildung ausgeschlossen wird. Das muss gehen, ohne dass die Bildung nach 17 Schulgesetz-Novellen in 20 Jahren wieder zum Spielfeld institutioneller Schnellschüsse wird.

Nehmen wir die **Kitas** als Bildungseinrichtungen. Sie dienen ja nicht in erster Linie den Eltern, sondern den Kindern. Auf den Anfang kommt es an! - sagen wir. Um die Qualität der Bildungsarbeit in den Kita zu erhöhen, werden wir 33 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich investieren. Damit verbessern wir den Betreuungsschlüssel, für die 0 bis 3Jährigen auf 1 Erzieherin für 6 Kinder, für die 3- bis 6-Jährigen auf 1 zu 12.

In den Schulen werden wir eine Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 15,4 garantieren – damit ist Brandenburg eines der Bundesländer mit der besten Ausstattung. Es wird hier nicht nur keinen weiteren Stellenabbau bei Lehrerinnen und Lehrern geben, sondern wir werden zügig 1.250 Lehrer neu einstellen.

Kommen wir zum Thema **Hochschulen**.

Meine Damen und Herren, sehen wir, wie weit unsere Kraft reicht. Es wird keine Studiengebühren geben. Bei uns soll jeder Bachelor-Absolvent auch einen Masterstudiengang belegen können. Wir wollen die Bedingungen für Studierende mit Kindern verbessern und setzen uns - im Rahmen des TdL - für die Einführung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte ein. Und für mehr studentische Mitbestimmung.

So weit, so gut. Aber: überfüllte Hörsäle und Seminarräume, fehlende Hochschullehrer und die restriktiven Elemente des Bologna-Prozesses belegen ein größeres Problem. Es fehlen Ressourcen und zum Teil ist das Land gar nicht zuständig. Ich kann nachvollziehen, dass die Studierenden, die ihre Universitäten dieser Tage besetzt halten – auch in Potsdam - dafür wenig Verständnis haben. Wir suchen den Dialog und wir suchen nach Lösungen. Eines jedoch steht für mich fest: Sicherheitskräfte sind die vollständig falsche Antwort, wo Gespräche und Demokratie gefordert sind.

Anrede,

gerade da, wo die Ressourcen knapp sind, muss man ja gemeinsame Wege suchen. (Eine ausgehandelte Prioritätenliste ist keine Streichliste.)

Das betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen Hochschulen und Landesregierung, nicht nur das zwischen Protestierenden einerseits und Parteien andererseits. Gerade in solchen Situationen ist von Belang, was auch zur politischen Grundüberzeugung dieser Koalition zählt: „Hochschulen leben von dem Miteinander der Lehrenden und Lernenden und vom wissenschaftlichen Dialog zwischen allen Beteiligten in Lehre und Forschung. Dieses Miteinander der unterschiedlichen Gruppen muss sich auch in den Entscheidungsprozessen der Hochschulen wiederfinden. Studentische Mitbestimmung muss gesichert und nicht beschnitten werden.

Die nächste Bewährungsprobe dieser Art werden wir übrigens schon bald im Landtag zu bestehen haben – wenn die Debatte über die Volksinitiative zur musischen Bildung ansteht. Die Koalition hat bereits einen ersten Schritt auf die Initiatoren und ihre UnterstützerInnen getan und sich verpflichtet, die Einhaltung von Mindeststandards in der musischen Erziehung an Musikschulen zu gewährleisten sowie die Musikschulen auch weiterhin zu fördern.

Zum Thema Demos und Volksinitiative passt die **Energiepolitik** der Koalition.

Wir haben uns recht mühelos darauf verständigt, dass hier die Erneuerbaren Energien künftig Vorrang haben werden. Wir haben Regelungen zum Vorrang und Ausbau erneuerbarer Energien verabredet und werden die Energiestrategie des Landes diesbezüglich unter Einbeziehung landesweiter Netzwerke und Institutionen systematisch weiter entwickeln.

Dies, meine Damen und Herren, war energiepolitisch der Knackpunkt des Wahlprogramms der LINKEN. Man kann das jederzeit nachlesen.

Ja – DIE LINKE in Brandenburg steht nach wie vor außerordentlich kritisch zur Braunkohlverstromung und möchte sie mittelfristig beenden.

Ja – wir möchten weiteren Dörfern das Schicksal von Umsiedlung und Abaggerung ersparen.

Und: Ja – wir sind auch bezüglich der CO₂-Abscheidung und –Verpressung nach dem derzeitigen Stand der Technik mehr als nur skeptisch.

Wir wissen aber auch: Braunkohle-Kraftwerke können nicht von heute auf morgen abgestellt werden.

Deswegen steht im Koalitionsvertrag Braunkohle-Verstromung als Brückentechnologie. Wir stehen deswegen auch zur gewissenhaften und risikobewussten Erforschung all dessen, was zur Reduzierung der Umweltbelastungen bei der Braunkohle-Verstromung denkbar erscheint. Und sie wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die Aufkündigung des Atomausstiegs!

Wir wollen nicht den klimaschädlichen Braunkohlenstrom durch das Jahrtausendrisiko Atomstrom ersetzen – sondern setzen eben konsequent auf die beständige Stärkung umwelt- und klimafreundlicher alternativer Energien.

Dafür kann diese Koalition, dafür kann die LINKE in dieser Koalition in der jetzt begonnenen Legislaturperiode viel tun. Der von uns lange diskutierte „Plan B“ ist so beschrieben.

Meine Damen und Herren,

zukunftsfähige Politik bei der **Wirtschaftsförderung** erfordert soziale, technologische Modernisierung, aber auch ökologische Qualität. Mit deren Überarbeitung soll die Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur konsequent ökologisch ausgerichtet werden. Die Koalition will die Fördermöglichkeiten des Landes weiterentwickeln zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe, die in unserem Land die meisten Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Meine Damen und Herren,

eine deutliche Neuorientierung werden wir in der **Innen- und Rechtspolitik** vornehmen. Das wird Sie nicht wundern...

Wir werden die Landesdatenschutzbehörde stärken, die Aufsicht über den der öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich zusammenführen.

Das Wahlalter 16 bei Kommunalwahlen könnte Realität werden. Brandenburg wird sich künftig dafür einsetzen, dass Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Wir wollen wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der direkten Demokratie erleichtern.

Im Polizeigesetz werde wir insbesondere die Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung durch Handy-Ortung und Kennzeichenfahndung überprüfen. Mit den Gewerkschaften werden wir eine Form der Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamte im Einsatz finden.

Positive Veränderungen wird es beim Ausländerrecht geben. Wir setzen uns dafür ein, die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Ausländer abzuschaffen und die Regelung des § 58 Asylverfahrensgesetz großzügig zu handhaben. Wir wollen, dass Sachleistungen durch Geldleistungen ersetzt werden und dass die Bleiberechtsregelung über das Jahr 2009 hinaus verlängert wird.

Die Koalitionspartner prüfen die Erarbeitung eines Resozialisierungsgesetzes – es wäre das erste bundesweit. Genauso wichtig ist die öffentliche Debatte, die wir damit anstoßen wollen.

Für mich unverzichtbarer Konsens ist, den das gesamte Parlament hoffentlich teilt :

Die Koalition wird die Haushalts-Ansätze für den Kampf gegen den Rechtsextremismus fortschreiben und das landesweite Aktionsbündnis, die Mobilen Beratungsteams, die

Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen und den Verein Opferperspektive unterstützen.

Von der Sicherung und Weiterentwicklung öffentlichen **Daseinsvorsorge** war bereits die Rede. Zu besseren Rahmenbedingungen dafür gehört - ohne Wenn und Aber - die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen. Ob Wohnraum, Energie, Öffentlicher Personennahverkehr ...Eine hochwertige Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen soll für alle Bürger dauerhaft zugänglich und bezahlbar bleiben.

Auch deshalb stehen wir für starke, entscheidungs- und handlungsfähige Kommunen. Für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und Kreisen sind entsprechende gesetzliche Regelungen vorgesehen - nach Konsultation mit den kommunalen Spitzenverbänden. Bestehende Kooperationen werden nicht in Frage gestellt und weiter befördert.

Fast möchte man sagen: „Endlich!“ Die Funktionalreform wird wieder aufgenommen. Der Vertrag hält fest: „Es werden zusätzliche Aufgabenverlagerungen vom Land auf die Landkreise und von den Landkreisen auf die Gemeinden geprüft.“

Meine Damen und Herren,

Brandenburg mit Berlin in seiner Mitte – das ist keine Überraschung – liegen mitten in **Europa**.

Die Politik der Koalition ist uneingeschränkt pro-europäisch: mit dem Blick nach Brüssel genauso wie auf das Zusammenleben mit unsere polnischen Nachbarn.

Brandenburg setzt sich für ein wettbewerbsfähiges und soziales Europa ein. Die Koalitionspartner werden sich in Abstimmung mit den Gewerkschaften für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den Europäischen Verträgen einsetzen. Die Landesregierung wird ihren Beitrag zur Vorbereitung des Landes auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Ausländer ab 1. Mai 2011 leisten.

Der Oderpartnerschaft wollen wir Beständigkeit und Struktur geben. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarwojewodschaften und -Ländern an Oder und Neiße soll im Bereich der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Verkehrspolitik sowie im Tourismus vertieft werden, so dass sich die in der Region lebenden Menschen dies als immer selbstverständlicher erleben. Die Euroregionen sollen sich zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung profilieren.

Meine Damen und Herren!

Sozial gerechter – wirtschaftlich stabil – zukunfts- und bürgerrechtsorientiert – ökologisch – europäisch: Das könnten aus Sicht der LINKEN in ein paar Jahren die Markenzeichen Brandenburgs sein. Die Markenzeichen eines Landes, in dem wir den Alltag der Brandenburger mit Gemeinsinn und Verantwortung gestalten. Die rot-rote Koalition wird alltäglich werden, wir - und Sie - werden sich ganz sicher an uns gewöhnen.

Ich danke Ihnen!